Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 79 (2001)
Heft: 2

Artikel: Sozialdemokratische Kulturpolitik heisst Freiräume schaffen
Autor: Notter, Markus
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-341608

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sozialdemokratische Kulturpolitik heisst Freiräume schaffen

Die SP versteht sich gemeinhin als kulturfreundliche Partei. Es gibt einen unausgesprochenen Konsens, dass wir ein besonderes Nahverhältnis zur Kultur und zu Kulturschaffenden haben.

Markus Notter

Kein SP-Wahlkomitee ohne Künstlerinnen und Künstler. Es gibt geradezu Urbilder dafür: Günter Grass im Wahlkampf für Willy Brandt. Max Frisch vor dem Parteitag (zwar der SPD, wenn ich mich richtig erinnere). Adolf Muschg auf SP-Wahlplakaten (für den Zürcher Ständerat). Doris Morf für die SP im Nationalrat. Zugegeben, das ist alles schon ziemlich lange her. Aber auch heute gilt: Die SP hat die Kultur gern; man zeigt sich gern in und mit ihr. Aber ist das schon sozialdemokratische Kulturpolitik, kann und soll es eine solche überhaupt geben? SP-Kulturpolitik besteht wohl nicht darin, dass wir gemeinsam an Parteitagen die Internationale singen oder an Sektionsversammlungen Gedichte vorlesen und Videos vorführen. Nichts gegen kulturelle Aktivitäten innerhalb der Partei. Ich singe auch gern und laut. Wie alle unsere «Politiken» muss sich die SP-Kulturpolitik auf die ganze Gesellschaft beziehen. Ihr Handlungsrahmen ist der für das «öffentliche Ganze» zuständige Staat.

Deshalb zuerst ein Wort zur staatlichen Kulturpolitik. In einer Zeit, in der dem Staat zunehmend die Eigenschaften eines Unternehmens zugesprochen werden, fragt man sich, welche Aufgabe der staatlichen Kulturförderung überhaupt zukommen soll. Wird aus der öffentlichen Förderung des geistigen und kulturellen Lebens zu Stadt und Land – so das Zürcher Kulturförderungsgesetz – ein Kultur-Sponsoring, das sich nach Marketingstrategien einzelner Ämter oder Anstalten ausrichtet? Oder gehört staatliche Kulturförderung im Zeichen von Aufgabenabbau, Konzentration und Reduktion auf die «Kernaufgaben» ohnehin der Vergangenheit an? Welcher Stellenwert kommt einer Aufgabe zu, deren Erfolg mit einfachen Indizes nicht gemessen werden kann?

Der Staat unterscheidet sich von privaten Unternehmen in vielfältiger und grundsätzlicher Weise. Die staatliche Gemeinschaft erschöpft sich nicht im Erbringen von Dienstleistungen oder Produktion von Gütern. Der Staat muss vor allem Gemeinschaft herstellen und sichern. Gerade wenn man von einer pluralistischen, mehrsprachigen, zusammengewürfelten Gesellschaft ausgeht, bekommt die Integrationsleistung des Staates besondere Bedeutung. Gemeinschaft entsteht nicht einfach so, sie bedarf einer Anstrengung. In der Herstellung und Sicherung von Gemeinschaft liegt die wesentliche Leistung des Staates. Und es sind kulturelle Faktoren, die das überhaupt möglich machen. Kulturelle Faktoren in einem weiten Sinn: in der Menschenwürde verwurzelte ethische Kultur, politische Kultur, Menschenrechtskultur, Kultur der Bildung und der Wissenschaft und natürlich auch Kultur in einem engeren, künstlerischen Sinn (Peter Saladin). Staatliche Kulturförderung hat diese weite Dimension. Sie ist weit mehr als Kultur-Sponsoring mit PR-Hintergrund. So verstanden, dient die Kulturförderung einem elementaren Bedürfnis der Gemeinschaft,

nämlich der Integration, dem Zusammenhalt. Sie ist unverzichtbares Element gemeinschaftlicher und somit staatlicher Aufgaben. Kultur und ihre Förderung ist deshalb nicht Dekoration oder Dessert, sie ist nicht schöner Luxus für übersättigte Zeitgenossinnen und -genossen; Kultur ist elementare Notwendigkeit, tragendes Bauelement, Grundnahrungsmittel. Kulturförderung gehört nicht zum blossen Wunschbedarf, sie ist Grundbedarf!

Kultur kann aber nicht gefördert werden wie die Braunviehzucht oder Kehrichtverbrennungsanlagen. Nicht, dass Geld bei der Kultur keine Rolle spiele, aber es reicht nicht aus. Es braucht eine von freiheitlichem Geist geprägte Auseinandersetzung mit dem kulturellen Schaffen und Freiräume, in denen Kreativität über das gesellschaftliche Durchschnittsmass hinaus gelebt werden kann. Es braucht Geld und Geist.

Was können dabei sozialdemokratische Akzente sein? Wir werden uns schnell darüber einig, dass eine anständige Kulturförderung ausreichende Mittel braucht. Was ausreichend ist, kann nicht genau beziffert werden. Im internationalen Vergleich stehen wir in der Schweiz wahrscheinlich nicht schlecht da, vor allem, wenn man berücksichtigt, dass durch unsere dezentralen Strukturen «in der Breite» mehr gemacht wird als andernorts. In jedem Fall stehen aber weniger Fördermittel zur Verfügung, als von Kulturschaffenden nachgefragt werden. Das wird wohl immer so sein. Man muss also auswählen. Hilft uns dabei unsere sozialdemokratische Gesinnung weiter? Nur sehr bedingt. Einige Grundsätze können sich an sozialdemokratischen Werten orientieren. So sollte es einen chancengleichen, diskrimierungsfreien Zugang zu Fördermitteln geben. Aktivitäten, die nicht dem Mainstream entsprechen, dürfen nicht ausgeschlossen werden. (Dabei gilt es zu bedenken, dass es auch einen linken Mainstream oder Zeitgeist gibt!) Offenheit, Toleranz und Bereitschaft zur kritischen Auseinandersetzung sind bei den Förderinstanzen vorauszusetzen. Aber darüber hinaus gibt es auch Förderkriterien, die anderen, eben künstlerischen Anforderungen entsprechen müssen. Sowenig wie es eine sozialdemokratische Operationsmethode für Hüftgelenke geben kann, sowenig gibt es eine sozialdemokratische Theaterinszenierung. Aber es gibt gute und schlechte Inszenierungen. Und es gibt häufig einen (fachlichen) Streit darüber, ob eine Inszenierung gut oder schlecht ist. Kulturförderung muss sich an diesem Streit beteiligen und muss die strittige Frage (für sich) entscheiden. Künstlerische Qualität ist ein Förderkriterium. Weil dabei öffentliche Gelder im Spiel sind, ist die Entscheidung, wer und was gefördert wird, auch öffentlich (und damit kritisierbar) zu machen.

Kulturförderung ist unverzichtbares Element gemeinschaftlicher und somit staatlicher Aufgaben.

Im Rahmen beschränkter Fördermittel ist es vielleicht sinnvoll, Schwerpunkte zu setzen. Auch bei dieser Auswahl helfen sozialdemokratische Überzeugungen nicht eigentlich weiter. Ob Theater oder Film, Literatur oder Oper, ist keine Frage der politischen Überzeugung. Das mag vielleicht auf den ersten Blick erstaunen. Natürlich soll man danach fragen, welche gesellschaftlichen Gruppen von der staatlichen Kulturförderung «profitieren» und in welchem Mass. Natürlich soll man einkommensstarken Bevölkerungsgruppen zumuten, für ihr Kulturerlebnis mehr zu bezahlen als einkommensschwachen. Aber die Kunstformen haben einen Eigenwert, der sich nicht daran misst, in welchen Bevölkerungsgruppen sie gerade en vogue sind. Kulturförderung soll möglichst vielen den Zugang zu den geförderten Kunstformen ermöglichen und Schranken abbauen. Die Frage, welche Schwerpunkte man setzt, beantwortet sich nach eher pragmatischen, meist aus der konkreten Situation des Kulturlebens sich ergebenden Kriterien. Dort einen Schwerpunkt setzen zu wollen, wo weder

ein entsprechendes Kunstschaffen noch ein Publikum vorhanden ist, macht wenig Sinn. Man kann sehr wohl auch neue Schwerpunkte ins Auge fassen. Dann müssen aber mindestens die Voraussetzungen für die Künstlerinnen und Künstler so erweitert werden, dass sich die neue, schwerpunktmässig zu fördernde Kunstform kraftvoll entwickeln kann. Meist scheitert das an den beschränkten Ressourcen bzw. am fehlenden Willen, bisherige Förderschwerpunkte aufzugeben.

Kulturförderung gehört nicht bloss zum Wunschbedarf, sie ist Grundbedarf!

Das zweite Element der Kulturförderung neben dem Geld ist der Geist: freiheitliche Auseinandersetzung mit dem kulturellen Schaffen und Freiräume, in denen Kreativität über den gesellschaftlichen Durchschnitt hinaus gelebt werden kann. Sozialdemokratische Kulturpolitik scheint damit keine besondere Mühe zu haben. Die sozialdemokratische Teilhabe an der staatlichen, vor allem aber auch an der wirtschaftlichen Macht ist in unseren Verhältnissen nicht so ausgeprägt, dass Kritik an dieser Macht durch die Kunst uns besonders treffen würde. Es fällt dadurch leichter, gelassen zu reagieren. Häufig verstehen wir künstlerisches Schaffen sogar als politischen Verbündeten. Das scheint mir aber auch heikel. In Grunde wird die Kultur dadurch vereinnahmt und ihres Freiraums beschränkt. Gewiss wünsche ich mir keine Kultur, die sich als noblen Götzen begreift und sich mit künstlerischen oder wissenschaftlichen Leistungen schon begnügt (Max Frisch). Aber künstlerisches Schaffen folgt nicht tagespolitischen Notwendigkeiten. Künstlerisches Schaffen darf sich nicht am politischen Nutzen messen lassen. Es kann deshalb kein parteipolitischer Verbündeter sein. Auf einer anderen Ebene liegt das staatsbürgerliche Engagement von Künstlerinnen und Künstlern. Den politischen Polemiker Otto F. Walter z.B. habe ich für seine Leistung bewundert. Seine Romane dagegen haben mich meist geärgert oder gelangweilt.

Sozialdemokratische Kulturpolitik muss das spezifisch Öffentliche oder Gemeinschaftliche der Kultur im Auge haben. Sie muss sicherstellen, dass Kulturförderung nicht allein zum Marketing-Instrument verkommt. Privates Kultursponsoring hat zwar seinen Platz, aber nur, wenn die öffentliche Kulturförderung ihre Funktion wirksam wahrnimmt. Sozialdemokratische Kulturpolitik ist vor allem dieser öffentlichen Kulturförderung verpflichtet. Das ist eine elementare staatliche Aufgabe, die ausreichende finanzielle Mittel erfordert. Kulturpolitik hat «handwerkliche» Aspekte wie andere Politikbereiche auch. Es wäre hilfreich und nützlich, wenn diese in Konzepten und Leitlinien formuliert würden. Die ungeprüfte Annahme, die SP habe ein Nahverhältnis zur Kultur und sei kulturfreundlich, reicht für die praktische Politik nicht aus. So wie Sozialpolitik nur fassbar wird, wenn konkrete Konzepte zur ausserfamiliären Kinderbetreuung oder zur Krankenversicherung formuliert sind, die praktisch umgesetzt werden können, braucht es praktisch umsetzbare Konzepte für die Kulturpolitik. Sie müssen sich auf die jeweils konkrete Situation im Bund, Kanton, in einer Stadt oder Gemeinde beziehen. Naturgemäss stehen dabei Fragen der Finanzierung und der räumlichen Möglichkeiten im Vordergrund. Denn Kulturpolitik, vor allem sozialdemokratische, hat Freiräume zu schaffen für die Kultur, kann und darf deren Inhalt aber nicht bestimmen. Kulturförderung kann eigentlich nur die Voraussetzungen für kulturelles Schaffen verbessern, dieses selbst aber nicht. Diese Grenze mag auch für sozialdemokratische Kulturpolitikerinnen und -politiker schmerzlich sein; sie ist aber unüberwindlich.

Markus Notter ist Regierungsrat des Kantons Zürich (Vorsteher der Direktion der Justiz und des Innern).